

HERDER- KORRESPONDENZ

MONATSHEFTE FÜR GESELLSCHAFT UND RELIGION

Heft 7

50. Jahrgang

Juli 1996

*Wenn es um die Zukunft unseres Landes
geht, müssen wir Christen unseren
Standpunkt deutlich machen.*

Franz Kamphaus

Partei nehmen

Parteinahme für Benachteiligte, Zukurzgekommene und an den Rand der Gesellschaft Gedrängte wird von den Kirchen nicht nur oft erwartet, vielen gilt sie immer noch als Test und Beweis kirchlicher Glaubwürdigkeit. Da mag es noch so viele Krisensymptome geben, mögen Mitgliedschaftsstatistiken und leere Kirchenbänke an Sonn- und Feiertagen Besorgnis erregen – die Erwartung, die Kirche werde Partei besonders zugunsten derer ergreifen, die sich selbst nicht artikulieren und wehren können, bleibt ungebrochen. Ihre Prophetenrolle scheint in jedem Fall oft plausibler als die des Hirten und Lehrers. Ein Gutteil der enormen Resonanz, die der Konsultationsprozeß für ein gemeinsames Wort der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland gerade auch außerhalb der Kirche gefunden hat, läßt sich mit dieser Erwartungshaltung erklären.

Äußern kann sich dieses Ansinnen in den unterschiedlichsten Spielarten. Nicht selten artikuliert es sich in Vorwurf und Kritik, etwa aus den Reihen kirchlicher Basisgruppen – wie etwa im Kontext der Erfurter Ökumenischen Versammlung –, die umsonst auf „amtliche“ Hilfestellung warten: Die Kirchen könnten doch, wenn sie nur wollten. In dem Maße, wie sich die Auseinandersetzungen über die wirtschaftliche und soziale Zukunft Deutschlands weiter verschärfen und vor allem polarisieren, werden diese Erwartungen, die Kirche möge doch auch auf die künftige gesellschaftliche Entwicklung entschieden und konkret einwirken, zunehmen.

Dabei stellt sich die Frage nach dem Ob, dem Wie und dem rechten Maß der mehr oder minder direkten politischen Einmischung der Kirche nicht zum ersten Mal: Ende der 70er Jahre war sie vor allem im Kontext der Grundwerte-, in den

80er Jahren dann massiv in der Nachrüstungsdebatte virulent. Ein wenn auch nur schwaches Licht warf auch die Auseinandersetzung um die Befreiungstheologie auf dieses Problem. Daß jetzt die *soziale Gerechtigkeit* im eigenen Land, der gesellschaftliche Konsens über dessen soziale Ausgestaltung, gar der soziale Frieden selbst im Zentrum der politischen Auseinandersetzungen steht, stellt die Kirchen ebenso wie alle anderen gesellschaftlichen Institutionen vor neue, so bisher nicht gekannte Herausforderungen. Man braucht daher die Integrationsprobleme und die gegenwärtige soziale und wirtschaftliche Umbruchsituation keineswegs überdramatisieren, um dennoch mit einer gewissen Verwunderung festzustellen, daß es innerkirchlich trotz des Konsultationsprozesses noch nicht zu einer sehr viel breiteren Debatte um die eigene Position in der gegenwärtigen Diskussion gekommen ist, welches Resultat sich dabei auch immer ergeben mag.

Die politische Dynamik des Evangeliums

Grundsätzlich wird niemand bestreiten können, daß die Anwaltschaft und Parteinahmen für die, aus welchen Gründen auch immer, gesellschaftlich Benachteiligten in unserem Land wesentlicher Bestandteil des Auftrags der Kirche überhaupt ist. Sie ist darin der Option des biblischen Gottes für die Armen und Schwachen verpflichtet, seinem Mitleiden und seiner Gerechtigkeit schaffenden Handeln. Die politische Dynamik des Evangeliums läßt sich nur um die Preisgabe der eigenen Identität verraten; Glaube und kirchliche Praxis dürfen nicht in Widerspruch geraten.

Welche Probleme und Schwierigkeiten sich die Kirche jedoch einhandelt, versucht sie diesen Auftrag zur Parteinahme zu konkretisieren und nicht nur bei grundsätzlichen Erklärungen und allgemeinen Absichtsbekundungen stehenzubleiben, haben der Konsultationsprozeß oder die Diskussion über die kirchliche Beteiligung an dem von Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbänden Ende April veranstalteten „Sozialgipfel“ gezeigt. Je entschiedener ihre Parteinahme ausfällt, um so mehr setzt sich die Kirche zum einen der Kritik von außen, zum anderen erheblichen Spannungen in ihren eigenen Reihen aus.

Klingt nicht schon die Rede von der „Option für die Schwachen“, die Forderung nach Parteinahme für die Benachteiligten angesichts der nüchternen Zahlen, die wirtschaftliche Probleme, leere Staatskassen und die Löcher im Netz des sozialen Sicherungssystems so leidenschaftslos beschreiben, nach wirklichkeitsvergessener und pathetischer Solidaritätsrhetorik? Parteilichkeit, Parteinahme, parteiisch sein, alle diese Worte haben zudem umgangssprachlich keine besonders gute Reputation, und das liegt nicht nur daran, daß sie teilweise auch feste Größen im Vokabular des Marxismus-Leninismus waren. Wer parteiisch ist, ist nicht objektiv, verschließt sich der Logik und der Plausibilität rationaler Argumente. Wer Partei bezieht, verhält sich einseitig.

Zuvörderst jedoch begegnet der Kirchenleitung oder einzelnen kirchlichen Gruppierungen, Verbänden oder Institutionen der Vorwurf, man lasse sich blauäugig oder wissentlich parteipolitisch vereinnahmen. Verständlicherweise suchen Parteien, Gewerkschaften oder Interessenverbände den Schulteranschlag mit Kirchen und kirchlichen Organisationen, bemüht, die eigene Position durch deren moralisches Gewicht zu stärken. Hat man die Kirche zum Koalitionspartner gewonnen, darf man überdies einer größeren medialen Aufmerksamkeit sicher sein.

Ein kritisches Korrektiv

Mischt sich die Kirche konkret in politische Auseinandersetzungen ein, setzt sie sich immer dem Risiko solcher Vereinnahmung aus. Pauschal kann dieser Vorwurf dennoch nicht erhoben werden: In ihrer Parteilichkeit für die Schwachen und Benachteiligten bleibt die Ortskirche immer Teil einer Kirche, die sich auf der ganzen Welt dazu verpflichtet hat, auf der Seite der Armen zu stehen. Diese Parteinahme gilt den Arbeitslosen im eigenen Land ebenso wie den weltweit vom gleichen Schicksal Betroffenen. Gleichermaßen tritt sie auch für Migranten, Flüchtlinge und Asylsuchende in Deutschland ein, letzteres ein Feld mit besonderer Konfliktdichte, auch gegenüber staatlichen Institutionen. Die Erinnerung an die Unteilbarkeit der Option für Schwache und Arme schmälert dabei keineswegs den Einsatz für die Probleme vor der eigenen Haustür. Die Perspektive des „Ganzen“, auf die die Kirche verpflichtet ist, steht jedoch erfahrungsgemäß einer allzu einfachen Identifizierung mit

Gruppen- oder Parteiinteressen im eigenen Land im Wege. Und das ist gut so.

Es gibt jedoch noch einen weiteren Grund, warum man es mit dem Einwand möglicher Vereinnahmung nicht übertreiben sollte. Nicht nur einige Sozialethiker begrüßten den 1994 begonnenen Konsultationsprozeß der Kirchen als eine neue Form der kirchlichen politischen Einflußnahme insgesamt. Als eine Stimme unter vielen, mit Diskussionsangeboten und -impulsen, aber nicht mit fertigen Lösungen oder Programmen begaben sich die Kirchen an den runden Tisch, an dem die soziale und wirtschaftliche Zukunft Deutschlands verhandelt wird. Die Verantwortlichen für den Prozeß werteten den eingeschlagenen Weg als stilbildend für die künftige Sozialverkündung.

Damit verändert sich aber auch die Frage nach den Grenzen und Chancen politischer Einmischung, nach der notwendigen Unterscheidung zwischen Parteinahme und Partei sein und eben nach Vereinnahmung und problematischen Identifikationen: Zu einzelnen Themen, Sachfragen und Problemen kann die Kirche als ein gesellschaftlich-politischer Akteur neben anderen durchaus Bündnispartnerschaften eingehen, ohne sich damit schon „vereinnahmen“ zu lassen. Die Rolle aber des Richters oder Schiedsrichters über politische Programme und Positionen, die ihre Vereinnahmung für andere erst attraktiv macht, braucht und darf die Kirche nicht spielen. Die des kritischen wie sachkundigen Begleiters ist anspruchsvoll genug.

Schwerer als der Vorwurf oder nur die Warnung vor Vereinnahmung wiegt die vor realitätsblindem Idealismus und Naivität. Sicherlich besteht für „Gutmeinende“ die Versuchung, Unsicherheiten angesichts allzu komplexer Problemlagen, kaum zurechenbarer Verantwortlichkeit und vager Ursachenanalysen durch entschiedene Parteinahme zu kompensieren: Engagement gegen Resignation, entscheidend ist nur noch, auf welcher der beiden Seiten der gespaltenen Gesellschaft man stehen will, auf der Verlierer- oder der Gewinnerseite.

Auch wer die Parteinahme für die Benachteiligten und „Verlierer“ fordert, muß aber dem Grundsatz Rechnung tragen, den der protestantische Sozialethiker *Arthur Rich* für eine Ethik des Wirtschaftslebens aufgestellt hat: Menschen-gerechtes und Sachgemäßes müssen aufeinander bezogen bleiben. Der Verweis auf den biblischen Auftrag ersetzt in keinem Fall das Bemühen um wirtschafts- und sozialpolitische Kompetenz und die realistische Einschätzung der Grenzen der eigenen Position.

Gleichwohl: In einer Zeit, in der nur noch „pragmatische“ und „realpolitische“ Argumente Geltung beanspruchen dürfen, die „Sachzwänge“ über allem stehen, kann auch eine in dieser Logik naiv oder realitätsblind scheinende politische Einmischung ein wichtiges Korrektiv sein, vielleicht auch Impuls zum Beschreiten noch nicht begangener Wege, Erinnerung an langfristige Zielperspektiven. Die Option für die Benachteiligten wird nicht um ihrer selbst willen gesucht, ihr Bezugspunkt bleibt die soziale Gerechtigkeit. Die Kir-

chen, nicht gezwungen, sich um politisches Machtkalkül und Machterhalt zu sorgen wie andere politische Akteure, verfügen hier über Chancen, die sie durchaus zugunsten der Gesamtgesellschaft nutzen können. Eine entschiedene Position widerspricht daher auch keinesfalls der kirchlichen Solidarität mit den politisch Verantwortlichen, die gegenwärtig gezwungen sind, unpopuläre Entscheidungen zu treffen.

Die Kirchen brauchen sich jedoch auch nicht den Mund verbieten lassen, wie es teilweise während des Konsultationsprozesses, aber auch bei anderer Gelegenheit schon versucht wurde: Etwa mit dem Argument, sie sollten sich doch auf ihre eigentliche Aufgaben beschränken – was auch immer darunter zu verstehen ist – und nicht Politik treiben. Solche Einmischungsverbote und Maulkörbe ließen sich um so leichter zurückweisen, je geklärt die Möglichkeit, die Pflicht, die Grenzen und das Wie der Parteinahme innerhalb der Kirche selbst, zwischen den einzelnen kirchlichen Gruppierungen, beispielsweise den Sozialverbänden und ihren Mitgliedern ist.

Dies aber hat der Konsultationsprozeß ebenfalls zutage gebracht: Das ganze Meinungsspektrum, die Polaritäten und Unversöhnlichkeiten, die die gegenwärtige Standortdebatte auf allen Ebenen bestimmen, finden sich auch *innerhalb der Kirche*. Nicht erst über die Frage, in welche Richtung der Um- oder Abbau des Sozialstaates, dringend nötige Reformschritte erfolgen müssen, läßt sich kaum die Möglichkeit eines Konsenses ausmachen. Die Parteinahme für die von Arbeitslosigkeit Betroffenen, führt zur Forderung der Neubewertung und Umverteilung von Erwerbsarbeit, zur Betonung des Rechtes auf Arbeit auf der einen Seite, zu der nach Senkung der Löhne und Lohnnebenkosten auf der anderen. Schon die Wahrnehmung der gegenwärtigen sozialen Situation ist in den Kirchen so verschieden, daß man teilweise den Eindruck haben könnte, es sei nicht vom gleichen Land die Rede.

Keine Flucht aus der Vielfalt der Positionen

Ein verbindliches und gleichermaßen konkretes Für oder Wider *der Kirche* kann es angesichts dieser im Sinne des Konzils ja durchaus legitimen Vielzahl von Positionen nicht geben. Kommentatoren würdigten die Bereitschaft der Kirchenleitungen zu einem Konsultationsprozeß besonders wegen des Wagnisses zur Pluralität. Die Flucht aus den daraus entstehenden Spannungen in allzu Allgemeines ist für alle Seiten gleichermaßen unbefriedigend. Die konkrete Parteinahme für die Benachteiligten bleibt für die Kirche selbst ein spannungsreiches, alle Seiten provozierendes Unterfangen, das sehr viel Dialog- und Verständigungsbereitschaft zwischen den Gruppen voraussetzt, was jedoch nicht mit falschem Harmoniebedürfnis oder der ungeduldigen Suche nach vordergründigem Konsens und Kompromiß verwechselt werden darf.

An dieser Stelle zeigt sich jedoch noch ein weiteres Problem: So groß die Resonanz auf den Konsultationsprozeß bei Par-

teien und Organisationen außerhalb der Kirche und bei den einschlägig mit wirtschaftlichen oder sozialen Fragen befaßten kirchlichen Verbänden war, so enttäuschend war sie auf Gemeindeebene. Dieser Befund kann nicht über die reale Situation der immer weniger werdenden Engagierten in den Gemeinden hinwegsehen, die nach wie vor eine Fülle von auch diakonischen Aufgaben vor Ort erfüllen (müssen). Dennoch zeigte sich einmal mehr ein politisches Defizit, eine eher apolitische Grundstimmung unter dem Gros der kirchennahen Katholiken.

Soll aber die Parteinahme der Kirchen glaubwürdig sein, in ihrem spezifischen Anliegen auch für Außenstehende zu vermitteln, darf sie nicht nur Sache der „Funktionärskirche“ sein, eine Angelegenheit derer, die sich von Berufs wegen um Solidarität mit gesellschaftlich Randständigen oder Benachteiligten bemühen. Vor allem läßt sich nur in der Einbindung in das übrige kirchliche Leben und in die (anderen) Grundvollzüge der Kirche verhindern, daß die politische Einmischung zum Selbstzweck wird.

Der dringend erforderliche, möglichst breit und offensiv zu führende Verständigungsprozeß über die kirchliche Parteinahme in der anstehenden politischen Auseinandersetzung bietet auch hier eine Chance, ein belebendes Korrektiv: Zur besseren Identifizierbarkeit der Christen in einer allgemeinen religiösen Szene, die sich sehr auf das therapeutische Bemühen um den einzelnen konzentriert zum einen. Auf der anderen Seite könnte er auch öffnende Wirkung haben gegenüber der lähmenden Fixierung auf den eigenen Bestand.

So erwartet und gefordert eine konsequente kirchliche Parteinahme, die „Option für die Schwachen oder Armen“ in der gegenwärtigen Situation ist, so sehr müssen die Kirchen und ihre verschiedenen Gruppierungen dafür Sorge tragen, daß sie in eben dieser Parteinahme verstanden werden. Mißverständnisse sind nie auszuschließen, etwa das des Lobbyismus für die eigene Klientel in einer Debatte, in der sich alle Seiten nur noch Gruppenegoismus vorwerfen. Dagegen hatte das Impulspapier zum Konsultationsprozeß betont, beide Perspektiven müßten aufeinander bezogen bleiben, die des Ganzen der Gesellschaft und die der Betroffenen.

Angesichts der zunehmenden Polarisierung der Debatte in Deutschland wird die Kirche auch betonen müssen – dies wird ihr durch die schon geleistete, zum Teil durch leidvolle Auseinandersetzungen erzwungene Reflexionsarbeit der Befreiungstheologie erleichtert –, daß ihre Option für die Armen eine „vorrangige“ ist – nicht exklusiv verstanden, vielmehr auf gesellschaftliche Integration bezogen.

Ohne pathetisch übertreiben zu müssen, ist für diese Parteinahme von der Kirche, in ihrer Leitung, der Basis, in den verschiedenen Gruppen Mut auch zum Konflikt gefordert. Sie kann mit ihrer Option für Schwache und Arme wichtiges Zeichen gegen eine resignative, indifferente Grundstimmung setzen, vor allem aber einen entschiedenen Widerspruch gegen die weitverbreitete Haltung des „Jeder muß selbst schauen, wo er bleibt“.

Alexander Foitzik